

## **Vorprüfung der Umweltverträglichkeit**

Bei folgendem Bauvorhaben wurde die Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gem. § 9 Abs. 2 Nr. 2 nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung vom 18.03.2021 (BGBl. I S. 540) zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 22.03.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 88) geprüft.

Aktenzeichen:	11-mer-01602-23	
Baugrundstück:	Merzen, Engelern Mitte 8	
Gemarkung:	Engelern	
Flur:	5	5
Flurstück(e):	73/8	79/4

Änderungsanzeige gem. § 15 BImSchG: 1. Anbau land. Maschinen- und Geräteabstellhalle (BE 6a); 2. Anbau Verladung (BE 2a und 2b); 3. Umstrukturierung BE 2b

Geplant ist der Anbau einer landwirtschaftlichen Maschinen- und Geräteabstellhalle, der Anbau Verladung an die BE 2a und 2b sowie eine Umstrukturierung in der BE 2b des Betriebes in der Gemeinde Merzen, Gemarkung Engelern, Flur 5, Flurstücke 73/8 und 79/4.

Auf dem Betrieb sind derzeit 183 Sauenplätze, 670 Ferkelaufzuchtplätze und 1.275 Schweinemastplätze genehmigt. Durch das hier geplante Vorhaben ändert sich die Tierzahl nicht. Daher ist gemäß § 9 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 UVPG i.V.m. Nr. 7.11.3 der Anlage 1 des UVPG für die Änderung des Vorhabens eine standortbezogene UVP-Vorprüfung durchzuführen. Die Prüfung hat ergeben, dass keine erheblichen Umweltauswirkungen erkennbar sind, sodass keine UVP-Pflicht besteht.

Für die Gebiete nach Nr. 2.3 der Anlage 3 des Gesetzes über Umweltverträglichkeitsprüfungen kann eine potentielle Betroffenheit durch das Vorhaben ausgeschlossen werden. Eine Betroffenheit kann für folgende Gebiete ausgeschlossen werden, da keine entsprechenden Gebiete im Umkreis des Vorhabens vorhanden sind: Natura 2.000 Gebiete nach § 7 Abs. 1 Nr. 8 BNatSchG, Naturschutzgebiete nach § 23 BNatSchG, Nationalparke und Nationale Naturmonumente nach § 24 BNatSchG, Naturdenkmäler nach § 28 BNatSchG, Wasserschutzgebiete nach § 51 WHG, Heilquellenschutzgebiete nach § 53 Abs. 4 WHG, Risikogebiete nach § 73 Abs. 1 WHG, Überschwemmungsgebiete nach § 76 WHG, Gebieten, in denen die Vorschriften der EU festgelegten Umweltqualitätsnormen bereits überschritten sind, Gebieten mit hoher Bevölkerungsdichte, insbesondere zentrale Orte i.S.d. § 2 Abs. 2 Nr. 2 ROG und für in amtlichen Listen oder Karten verzeichnete Denkmäler, Denkmalensembles, Bodendenkmale oder Gebiete, die von der durch die Länder bestimmten Denkmalschutzbehörde als archäologisch bedeutende Landschaften eingestuft worden sind.

Ebenso sind keine erheblichen negativen Umweltauswirkungen auf Biosphärenreservate und Landschaftsschutzgebiete gem. §§ 25, 26 BNatSchG, geschützte Landschaftsbestandteile, insbesondere Alleén, nach § 29 BNatSchG sowie gesetzlich geschützte Biotope nach § 30 BNatSchG zu erwarten.

Das LSG OS 01 „Nördlicher Teutoburger Wald – Wiehengebirge“ liegt ca. 2,5 km nordöstlich des Vorhabens. Aufgrund der Entfernung dieses Gebietes sowie den vorgesehenen Eingrünungsmaßnahmen sowie der Umsetzung der Vorhaben an den bereits vorhandenen Gebäuden, sind keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten. In ca. 130 m nördlich und ca. 230 m nordöstlich des Vorhabens befinden sich Wallhecken. Zudem befinden sich in ca. 1,8 km nordnordwestlich des Vorhabens das nach § 30 BNatSchG geschützte Biotop ID 387 „Weiden-Sumpfbüsch nährstoffreicher Standorte, Verlandungsbereich nährstoffreicher Stillgewässer mit Röhricht“. Durch das Vorhaben verändern sich die Ammoniakemissionen im Vergleich zum bisher genehmigten Stand nicht, sodass keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten sind.

Es sind insgesamt keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten. Die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung ist daher nicht erforderlich.

Diese Bekanntgabe ist gem. § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Osnabrück, den 15.05.2023  
Landkreis Osnabrück  
Die Landrätin  
Fachdienst Planen und Bauen  
Im Auftrage  
Petzke